

Bericht über die Kreistagssitzung vom 24.3.2023

Die Kreistagssitzung war im Wesentlichen von einem Tagesordnungspunkt geprägt, da alle anderen Anträge zurück in die Ausschüsse verwiesen, als erledigt erklärt oder ohne Aussprache verabschiedet wurden.

Das einzig inhaltliche Thema der Sitzung war daher eine "aktuelle Stunde" auf Antrag der LINKEN zum Uniklinikum Marburg Gießen: „Eine gute Versorgung am UKGM sicherstellen. Verhandlungen für einen Entlastungstarifvertrag, Beschäftigungssicherung und 100 Tage Ultimatum unterstützen.“

Das Thema des privatisierten Uniklinikums begleitet uns dabei seit 17 Jahren in Anträgen, aktuellen Stunden, Solidaritätsbekundungen und oft auch mit dem Tenor, dass die Privatisierung ein Fehler war.

Auffällig bei dieser aktuellen Stunde war, dass CDU/ Grüne recht einheitlich den hessischen Regierungskurs verteidigt haben. Sicherlich auch schon mit Hinblick auf die Landtagswahl

Dabei bleibt festzuhalten, dass es sicherlich kein Erfolg ist, wenn das Land nun fast 850 Millionen Euro in die Standorte Gießen und Marburg investieren will, ohne die zentralen Forderungen der Gewerkschaft Verdi und Beschäftigten umzusetzen.

Das Betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen bleiben sollen, ebenso die Ausgliederung von Betriebsteilen, eine change of control clausel wiedereingefuehrt wird, sollte angesichts der Unsumme an Geld, die in das Klinikum gepumpt wurde selbstverständlich sein.

Das Argument damals: Das Uniklinikum Marburg Gießen 2006 zu an den Konzern Rhön-Klinikum AG zu verkaufen, wurde damit begründet es sei gewinnbringend für das Land und es müsse sich nicht mehr an den Investitionen beteiligen und ausschließlich die Lehre finanzieren.

Die Realität sieht anders aus:

Seitdem: Personalabbau, Einsatz von Niedriglohn-Firmen, trockengelegte Forschung, ständige Staatszuschüsse die Regel– alle Versprechungen der Privatisierer wurden gebrochen, die Leistungen gesenkt, Gewinne wurden ausgezahlt, das Klinikum an Asklepios weiterverkauft.

Für eine Klinik, die zu 95 Prozent einem profitablen Konzern gehört, sollen nun 850 Millionen fließen. Das ist ueber das das Achtfache dessen, was das Land damals bekommen hat. Der Kaufpreis lag bei 113 Millionen. Gleichzeitig hindert es Asklepios nicht weiter Druck auf die Gewerkschaft auszuüben: Tarifflicht und Outsourcing sind bekannte Strategie dieses Konzerns an allen Häusern. Fast keines der Askeplios Kliniken ist gut gewerkschaftlich organisiert. Die Arbeitsbedingungen schlecht.

Mit der Einigung hat sich nichts fuer die Beschäftigten geklärt.

Verdi hat vor 100 Tagen - die Zeit läuft," angekündigt zu streiken, wenn die Forderungen nach Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen nicht eingehalten werden.

4163 Kolleg*innen haben bekräftigt, dass sie sich gemeinsam auf den Weg machen werden und einen Tarifvertrag erkämpfen wollen. Einen Tarifvertrag der Ausgliederungen und Kündigungen für alle am Uniklinikum ausschließt. Der die Mitarbeiterinnen deutlich entlastet.

Jetzt liegt der Ball beim Arbeitgeber. 850 Millionen bekommt das UKGM vom Land Will das UKGM handeln und endlich die Rahmenbedingungen für eine gute Versorgungsqualität für die Bevölkerung sicherstellen? Oder kommt das Geld letztendlich Aktionaerinnen zugute. Nach dem guten alten Motto Gewinne werden privatsiert und Verluste kommunalisiert.

Am UKGM gibt es über 650 Überlastungsanzeigen. Einen absoluten Pflegenotsstand. Niemand möchte mehr dort arbeiten.

Das zeigt z.B. auch die lange Schließung der Tagesklinik der Kinder und Jugendpsychiatrie am Ortenberg. Man findet srlbst im psychiatrischen Bereich bei Aerzten nicht mehr genug Fachpersonal.

Es dauert aktuell 230 Tage, bis die Stelle einer Krankenschwester besetzt werden kann und im Schnitt 210 Tage für die Stellenbesetzung eines Altenpflegers. Wegen des demografischen Wandels und des Renteneintritts der Babyboomer-Jahrgänge verschärft sich der Mangel dramatisch: In den nächsten zwölf Jahren gehen 500 000 Pflegefachkräfte in Rente. Es muss daher zeitnah gelingen, Pflegekräfte zu gewinnen. Das ist eine der größten sozialpolitischen Herausforderungen dieser Zeit.

Im Moment wären sogar zusätzliche Pflegekräfte noch vorhanden – wenn Gehalt und Arbeitszeit stimmen. Eine Umfrage unter 12.700 Pflegern, die nicht mehr im Beruf arbeiten, ergab dass sich 60% eine Rückkehr in den Beruf vorstellen können

Sollten sich die Bedingungen verbessern, kämen Aussteiger zurück und würden Teilzeitkräfte länger arbeiten.

Der Pflegenotstand lässt sich ganz einfach auflösen: Ausreichend Personal, verlässliche Arbeitszeiten und ordentliches Gehalt würden zur Rückkehr von mindestens 300.000 Vollzeit-Pflegekräften in den Beruf oder zur Aufstockung der Arbeitszeit von Teilzeitkräften führen.

„Es gibt also noch gar keinen extremen Mangel an Fachkräften, sondern einen Mangel an Fachkräften, die unter diesen Bedingungen im Krankenhaus arbeiten wollen.“

Mit besseren Arbeitsbedingungen können erfolgreich Pflegekräfte gewonnen werden. Die Berliner Charité gab kürzlich bekannt, dass sie 1 Jahr nach der Einführung des Tarifvertrags Entlastung mehr als 500 Pflegekräfte neu einstellen konnte.

Die Pflegekräfte haben sehr präzise angegeben, was sich ändern müsse. Vorrang habe eine Personalausstattung, die sich am Bedarf der pflegebedürftigen Menschen ausrichte und nicht an wirtschaftlichen Kriterien. Außerdem wünschen sich Pflegekräfte eine bessere Bezahlung und verlässliche Arbeitszeiten. Geld ist vor allem in der Altenpflege ein Thema: Bei der Bezahlung

gibt es aktuell eine bis zu 500 Euro pro Monat große Lücke zwischen Kranken- und Altenpflegefachkräften, obgleich die Grundausbildung identisch ist.

Mehr Zeit für menschliche Zuwendung zu haben, nicht unterbesetzt arbeiten zu müssen und verbindliche Dienstpläne sind für die Befragten weitere zentrale Bedingungen. Ebenso wünschen sie sich respektvolle Vorgesetzte, eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Ärztinnen und Ärzten, eine vereinfachte Dokumentation sowie eine bessere Vergütung von Fort- und Weiterbildungen.

30 Wochenstunden als Wunscharbeitszeit

In der Befragung konnten beide Gruppen, also Aussteiger und Teilzeitbeschäftigte, auch ihre Arbeitszeitwünsche angeben. Dabei stellte sich heraus, dass Teilzeitkräfte ihre Arbeitszeit im Schnitt um zehn Stunden pro Woche aufstocken würden und ausgestiegene Pflegekräfte sich eine Rückkehr in den Pflegeberuf mit 30 Wochenstunden vorstellen können. Immerhin habe sich bereits ein Drittel der potenziellen Rückkehrer Stellenangebote angesehen.

Vergleichsweise gering ist die Rückkehrbereitschaft indes in der ambulanten Pflege. In diesem Bereich gibt es kaum Grundsätze der Personalausstattung, die Löhne sind noch niedriger als in der stationären Pflege und dazu kommen geteilte Dienste: Ambulante Pflegerinnen betreuen häufig morgens und abends hilfsbedürftige Menschen zu Hause. sie haben keinerlei Privatleben und Regeln in ihren Arbeitszeiten. Zu solchen Bedingungen möchte kein Mensch arbeiten.

Mit beeindruckenden Kundgebungen haben die Beschäftigten des Uniklinikums Gießen und Marburg ihre Forderung nach einem Tarifvertrag für Beschäftigungssicherung und Entlastung an den Arbeitgeber und die Politik vorgetragen.

Ziel der Gewerkschaft ver.di ist ein Tarifvertrag: Eine schichtgenaue Personal-Patient*innen-Besetzungsregelung und ein Belastungsausgleich bei Unterschreiten dieser Besetzungsregelung sowie ein allgemeiner Personalaufbau fürs Uniklinikum vorsieht. Zudem ist nach wie vor das Thema

Beschäftigungssicherung für die UKGM-Service GmbH ein zentrales Thema, die nicht im Vertrag mit dem Land Hessen gesichert sind.

Eine Befragung, an der sich über 2.500 Mitarbeiter*innen des UKGMs beteiligten, unterstreicht den Handlungsbedarf am UKGM. So geben 95 Prozent der Befragten an, dass die aktuellen Arbeitsbedingungen für sie in den nächsten Jahren nicht oder eher nicht tragbar sind und keine sichere Gesundheitsversorgung gewährleisten können.

Die 850000 Euro sind ein Scheinkompromiss. Ein privatisiertes Uniklinikum insgesamt kann als Konstrukt nicht finanzieren:

Universitätskliniken sind Krankenhäuser der Maximalversorgung. Dieser Umstand verhindert im System der Krankenhausfinanzierung eine zentrale Akkumulationsstrategie privater Krankenhauskonzerne, die sich nur gewinnträchtige Bereiche rausziehen. Konkret heißt das, dass privatisierte Krankenhäuser sich oftmals auf nach dem herrschenden Fallpauschalensystem der DRGs besonders lukrative Behandlungen spezialisieren. Wie die Neurochirurgie. Universitätskliniken müssen aber qua Versorgungsauftrag das gesamte Behandlungsspektrum vorhalten

Die Erfahrungen am Klinikum Gießen/Marburg haben gezeigt, dass die von dem privaten Unternehmen geforderten Renditeerwartungen mit den Aufgabenfeldern eines Universitätsklinikums nicht in Einklang zu bringen sind. Ein Universitätsklinikum besteht nicht nur aus der Behandlung schwerst erkrankter Patienten, sondern hat dienende Aufgaben in Forschung und Lehre. Die Unterstützung der Medizinischen Fakultäten bei der Ausbildung von Studierenden ist ebenso Aufgabe der Universitätskliniken wie die maßgeblich an ihnen stattfindende Weiterbildung junger Ärztinnen und Ärzte. Diese Aufgaben stehen in einem natürlichen Spannungsverhältnis zur Erwirtschaftung einer möglichst hohen Rendite. Die Universitätsmedizin sollte daher grundsätzlich als Teil der staatlichen Daseinsfürsorge öffentlich-rechtlich organisiert sein.

Seit der Privatisierung des UKGM gibt es immer wieder zivilgesellschaftliche Bündnisse, die Proteste für die De-Privatisierung des Universitätsklinikums

organisieren. 2020 wurde dadurch erfolgreich abgewendet 500 Beschäftigten über beide Standorte hinweg einzusparen. Deswegen sollten wir alle gemeinsam uns am 31.3 zusammen mit Verdi auf einer Großkundgebung für bessere Arbeitsbedingungen und ein Tarifvertrag Entlastung einsetzen.

Das Ultimatum ist abgelaufen. Jetzt muss gestreikt werden.

Nicht nur für bessere Löhne, sondern auch eine Überführung des UKGM in öffentliches Eigentum. Wir brauchen dabei auch nicht die wiedereingeführte change of control Klausel und den Verkaufswillen von Asklepios.

Durch ein Rechtsgutachten von ver.di, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag weiß man, dass andere Möglichkeiten zur Rückführung des UKGM in öffentliches Eigentum gibt. Dieses Rechtsgutachten kam zu dem Schluss, dass die Möglichkeit bestehe, das UKGM nach Artikel 15 des Grundgesetzes zu vergesellschaften.

Die LINKE in Hessen ist auf Landesebene momentan die einzige Partei, die ernsthaft die Rückführung des UKGM Hessen fordert. Solange Asklepios nicht verkaufen möchte, ist Enteignung und Vergesellschaftung der einzige Weg.